

Zehn Jahre nach dem Völkermord:
Zur Lage der Jesidinnen und
Jesiden im Irak



Impressum

PRO ASYL e.V.
Förderverein PRO ASYL e.V.
Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt/Main

Tel: +49 69/24 23 14 0
Fax: +49 69/24 23 14 72
Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

und

Wadi e.V.
Verband für Krisenhilfe und
solidarische Entwicklungszusammenarbeit
Herborner Str. 62
60439 Frankfurt/Main

Tel: +49 69/57 00 24 40
Fax: +49 69/57 00 24 44
Internet: www.wadi-online.org
E-Mail: public@wadi-online.de

Autor: Dr. Oliver M. Piecha

Veröffentlicht im April 2024

Titelbild: Jesidische Binnenvertriebene im Camp Kabarto nahe Dohuk, © Thomas v. der Osten-Sacken

Inhalt

Impressum.....	2
Jesid*innen dürfen nicht in den Irak abgeschoben werden.....	4
Einführung und Zusammenfassung.....	6
Die Jesid*innen im Irak und auf der Flucht – Geschichte und Problemlage.....	9
Die umstrittenen Gebiete des Irak.....	12
Die intern Vertriebenen im Irak.....	14
Völkermord – Der Spezialfall der Jesid*innen.....	16
Von den Folgen eines Völkermordes.....	18
Eine strategisch bedeutende Region: Shingal/Sinjar.....	21
Innerirakische Fluchtalternativen?.....	25
Perspektiven.....	27
Glossar.....	29

Jesid*innen dürfen nicht in den Irak abgeschoben werden

Zwischen allen Fronten: Selten trifft eine bildliche Redensart so sehr zu wie auf die Situation der Jesidinnen und Jesiden im Norden des Irak. Spätestens seit dem Völkermord im Jahr 2014 ist das Sinjar-Gebiet, in dem sie seit Jahrhunderten leben, zu einem lebensgefährlichen Brennpunkt geworden, in dem staatliche und nicht-staatliche Akteure rücksichtslos um Macht und Einfluss kämpfen. In dem strategisch wichtigen Grenzgebiet zwischen Irak, Syrien, Türkei und Iran prallen die Interessen aufeinander – ohne dass eine Lösung in Sicht ist.

Und die Lage verändert sich ständig. Schon zwischen dem Verfassen und der Veröffentlichung (April 2024) dieses Gutachtens gibt es Veränderungen: Zwischenzeitlich einigten sich die irakische und die türkische Regierung auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK, was nachhaltige Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Nordirak haben dürfte.

Die verfahrenere Situation und die Hintergründe dazu werden in diesem von PRO ASYL und Wadi herausgegebenen Gutachten erklärt. Wir danken dem Gutachter Dr. Oliver M. Piecha für diese eindrückliche und ausführliche Darstellung. So soll eine Informationslücke geschlossen und eine Grundlage geschaffen werden für qualifizierte, auch behördliche und juristische, Entscheidungen zur Zukunft der jesidischen Gemeinschaft in Deutschland.

Denn in Deutschland existiert mit rund 250.000 Menschen nicht nur die [größte jesidische Diaspora](#) in Europa, sondern nach dem Irak die zweitgrößte weltweit. Diese Menschen haben hier eine neue Heimat gefunden, vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (Celle, Oldenburg und Bielefeld). Das ist eine besondere Verantwortung für Deutschland.

In den Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit war die jesidische Gemeinschaft gerückt, als die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) jesidische Frauen, Männer und Kinder ab Mitte 2014 systematisch verfolgte, versklavte, vergewaltigte und ermordete. Diese Verbrechen erkannte der gesamte Deutsche Bundestag am 19. Januar 2023 ausdrücklich als Völkermord an. Zehntausende Jesid*innen in Deutschland schöpften Hoffnung aus diesem Akt der politischen Solidarität. Hoffnung, die jedoch wenig später in Unruhe und Angst umschlug.

Denn schon wenige Monate später begannen einige Bundesländer auf dem Hintergrund einer [enger werdenden Kooperation mit dem Irak](#) und Gerichtsurteilen, wonach es im Irak keine gruppenspezifische Verfolgung mehr gebe, Jesid*innen in den Irak abzuschieben. Abzuschieben in das Land des Völker-

mords. Abzuschieben in ein Land, in dem noch immer mindestens 200.000 Jesid*innen im Nordirak ohne Perspektive in Zeltlagern leben, in dem sie keine Lebensgrundlage mehr haben, in dem sie ehemaligen Tätern begegnen und sich ständig bedroht fühlen müssen. Abzuschieben in ein Land, in dem eine jesidische Familie auch nicht in einen anderen Landesteil gehen könnte, weil sie dort ohne die lebenswichtige Gemeinschaft und ohne Schutz wäre. Abzuschieben in ein Land, in dem sie unverschuldet zwischen allen Fronten stehen.

Ausdrücklich geht es in diesem Gutachten um die Jesid*innen als Gruppe, deren Lebensgrundlagen systematisch – und darum eben geht es beim Völkermord – zerstört wurden. Das unterscheidet sie auch von vielen anderen aus dem Nahen Osten, die vor Krieg und Zerstörung fliehen: Der IS wollte nicht nur Jesid*innen vernichten, sondern die jesidische Existenz. Und so wächst mit jeder Abschiebung die Angst, dass nicht nur Einzelne gewaltsam aus ihrer neuen Heimat gerissen und in eine ungewisse Zukunft geschickt werden, sondern dass auch hier die jesidische kollektive Existenz bedroht ist.

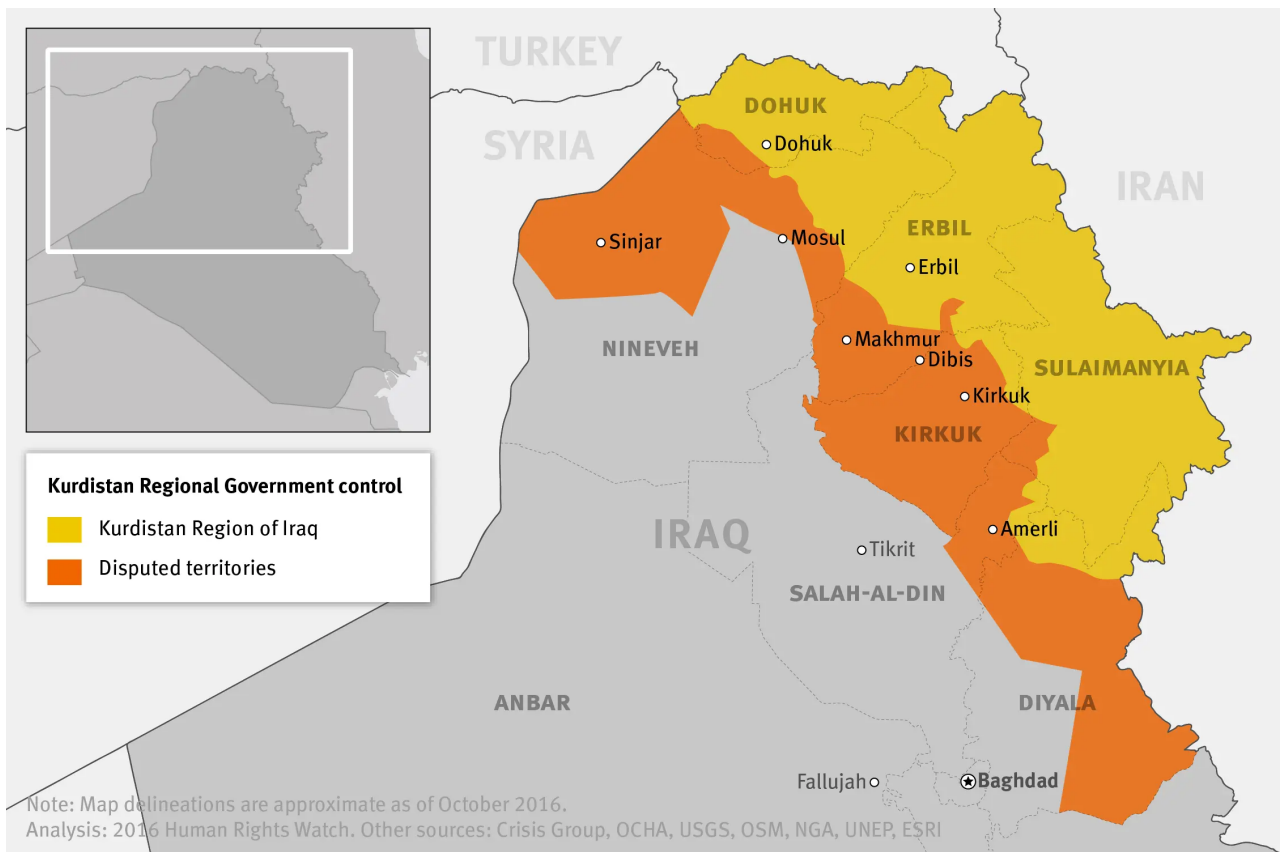
Im [Beschluss](#) des Bundestags steht: „Die Diaspora ist Teil unserer Gesellschaft mit all ihren Erfahrungen und Erinnerungen. Der Deutsche Bundestag wird sich mit Nachdruck zum Schutz êzîdischen Lebens in Deutschland und ihrer Menschenrechte weltweit einsetzen.“ Wenn der Bundestag in Berlin wenige Hundert Meter entfernt vom Holocaust-Denkmal einen Völkermord anerkennt, sollte er die daraus entstehende Verantwortung ernst nehmen. Dies wäre auch ein wichtiges Zeichen für andere europäische Länder.

Deshalb müssen den guten Worten der Politiker*innen nun auch Konsequenzen folgen: Menschen, die als Opfer eines Völkermords anerkannt wurden, dürfen nicht in das Land des Völkermords abgeschoben werden. Deshalb muss es sofort einen bundesweiten Abschiebestopp für Jesid*innen geben, damit Zehntausende Jesid*innen nicht weiter in Angst vor einer Abschiebung leben müssen. Zudem müssen sie eine dauerhafte und sichere Perspektive bekommen, zum Beispiel eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen nach [Paragraf 23 Aufenthaltsgesetz](#). Deutschland muss den Jesid*innen Sicherheit geben, erst recht, nachdem es sie als Opfer eines Völkermords anerkannt hat.

Denn nach einem Völkermord gibt es kein Zurück mehr in die Zeit davor.

Karl Kopp (Geschäftsführer PRO ASYL)

Thomas von der Osten-Sacken (Geschäftsführer Wadi)

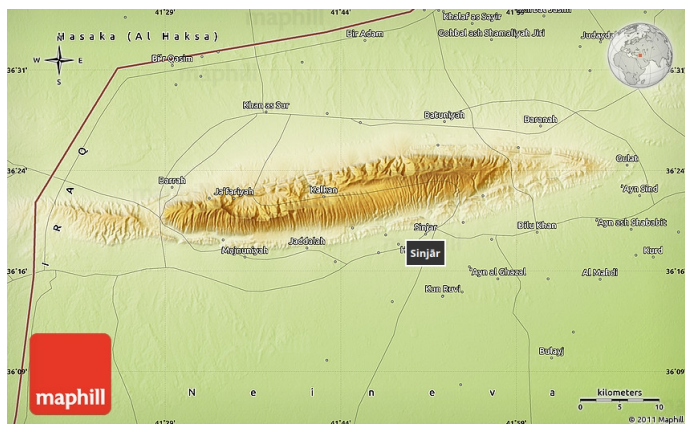


Einführung und Zusammenfassung

Die Herkunftsregion der Jesid*innen, der Sinjar, ist ein strategisch wichtiges Grenzgebiet, in dem die Interessen zahlreicher Akteure, darunter auch des Irans und der Türkei, aufeinanderprallen. Die prekäre Sicherheitslage wird sich hier nicht grundlegend ändern, solange der Konflikt in Syrien keine Lösung gefunden hat. Für die überwältigende Mehrzahl der ursprünglich einmal von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS, siehe auch das Glossar am Ende des Textes) vertriebenen Jesid*innen heißt das: Sie müssen weiterhin und auf unabsehbare Zeit in irakischen Flüchtlingslagern leben – die 2014/15 einmal als Nothilfslager eingerichtet wurden. Das bedeutet: nach bald zehn Jahren immer noch ein Leben in Zelten.

Auch wenn sich die Lage insgesamt in einem Land wie dem Irak stabilisieren mag, muss man regional differenzieren. Für die Jesid*innen bleibt die Zukunftsperspektive im Irak bis auf Weiteres düster.

- Die ideologisch-religiöse Begründung für die Diskriminierung und Verfolgung der Jesid*innen basiert darauf, dass sie aus muslimisch-orthodoxer Sicht nicht als Buchreligion gelten und ihnen daher immer wieder die Existenzberechtigung als religiöse Gruppe abgesprochen wurde. Diese grundsätzliche Nichtakzeptanz der jesidischen Religion führte schon im Osmanischen Reich zu Versuchen religiöser Zwangsassimilierung und war die Grundlage einer langen, kontinuierlichen Verfolgungsgeschichte bis hin zum Angriff des IS.
- Das Hauptsiedlungsgebiet der Jesid*innen im Irak, der Distrikt um die Stadt und das Bergmassiv Sinjar (Shingal), steht weiterhin, solange sich die Situation in der Großregion inklusive Syrien nicht grundlegend ändert, im Brennpunkt machtpolitischer und militärischer Auseinandersetzungen mit auch nicht-irakischen Akteuren. Das Gebiet hat eine zentrale strategische Bedeutung im Konfliktfeld zwischen diversen Parteien (staatlichen wie nicht-staatlichen) in Syrien, im Irak, aber auch in der Türkei und im Iran.



- Das Schicksal der Jesid*innen ist ein eindrückliches Beispiel für die neue Realität, die ein Völkermord schafft. Es gibt kein Zurück in die Zeit davor. In einem von Minderheiten und zahlreichen Konfliktlinien geprägten Gebiet wie der Herkunftsregion der Jesid*innen hat der Völkermord der Terrororganisation Islamischer Staat das ohnehin schon fragile gesellschaftliche Gewebe zerrissen. Traumatisierte Opfer stehen Nachbar*innen gegenüber, die potenzielle Täter*innen waren – und es potenziell jederzeit wieder werden können.
- Ein punktueller Wiederaufbau zerstörter Häuser und eine Wiederherstellung von Teilen der Infrastruktur auf niedrigem Niveau behalten nicht einmal ihren Symbolwert, solange die Sicherheitslage dauerhaft schwankend bleibt und jederzeit militärische Konflikte eskalieren können. Solange die Region im strategischen Fokus so vieler Akteure steht, wird eine konsequente und dauerhafte Wiederherstellung staatlich-irakischer Souveränität nicht gelingen. Dies gilt insbesondere und grundsätzlich für das Sinjar-Abkommen zwischen der Regierung der kurdischen Autonomiezone und der irakischen Regierung von 2020, das bis heute nicht umgesetzt worden ist, sowie für die Ankündi-

gung der irakischen Regierung vom Februar 2024, die Unterstützung für die verbleibenden Lager für intern Vertriebene (Internally Displaced Persons, IDP) im Nordirak einzustellen und dafür Möglichkeiten für eine Rückkehr bereitzustellen. Das sind nicht mehr als Ankündigungen und Absichtserklärungen.

- Ein zentraler Denkfehler in der Beurteilung der jesidischen Problematik besteht in dem Fokus auf Aktualität. Auch wenn es derzeit keine organisierte Verfolgung der Jesid*innen gibt: Nach dem Pogrom ist vor dem nächsten. Alle, sowohl die Jesid*innen als Angehörige einer besonders gefährdeten Minderheit als auch die potenziellen Täter*innen, wissen, dass das Schutzversprechen des irakischen Staates ein nur sehr relatives und hypothetisches ist. Und solange die Zentralregierung, insbesondere in den umstrittenen Gebieten, nur eine schwache Autorität besitzt, wird das auch so bleiben. Die grausame Logik hinter der Relativität von Sicherheitsversprechen haben die Jesid*innen des Sinjar im Jahr 2014 erfahren müssen, als sich die Kämpfer der kurdischen KDP, die das Gebiet kontrollierten, buchstäblich über Nacht zurückzogen und damit die Jesid*innen schutzlos dem IS überließen. Das sind keine Fragen von theoretischem Abwägen – das fehlende Vertrauen in staatliche Instanzen basiert auf einer grausamen erlebten Realität.
- Eine reale innerirakische Fluchtalternative gibt es für die Mehrzahl der Jesid*innen, die noch in Camps leben, nicht. Sie sind auf die Unterstützung im Flüchtlingslager angewiesen, außerhalb müssten sie zudem eine Unterkunft mieten oder kaufen. Vor allem aber suchen sie Rückhalt bei anderen Jesid*innen in ihrem Lebensumfeld. Nur auf Mitglieder der eigenen Gruppe oder Gemeinschaft kann man sich letztlich verlassen – das ist eine praktische Erfahrung der Jesid*innen. Das gilt auch für andere Gruppen oder Minderheiten in der irakischen Gesellschaft. Auch aus Gründen der Sicherheit bleibt man beisammen. Niemand würde erwarten, dass Jesid*innen irgendwo hinziehen, wo es keine anderen Jesid*innen gibt.
- Relevante Sicherheitsgarantien, Selbstverwaltung, funktionierende Strafverfolgungsmaßnahmen und Entschädigungsprozesse, eine wie in der irakischen Verfassung vorgesehene Klärung des Status der Umstrittenen Gebiete, insbesondere ihrer politischen Zuordnung, die Demilitarisierung der diversen Milizen: Diese Grundvoraussetzungen müssten erst geschaffen werden, bevor über die Zukunft der Jesid*innen im Irak diskutiert werden kann.

Die Jesid*innen im Irak und auf der Flucht – Geschichte und Problemlage

Die Jesid*innen (andere Schreibweisen unter anderem Yeziden, Eziden) sind eine monotheistische Religionsgemeinschaft, deren Siedlungsgebiete im Südosten der Türkei, im Nordirak und Nordostsyrien lagen beziehungsweise liegen. Ihr historischer Ursprung liegt im Dunkeln, es gibt Hinweise auf altiranische Elemente in ihrem Kultus, die Jesid*innen selbst sehen sich als sehr alte Religion, deren Ursprünge vor der Zeitenwende liegen. Geschichtlich fassbar werden sie jedoch erst ab dem 11./12. Jahrhundert. Im jesidischen Glauben sind diverse Einflüsse identifizierbar, etwa des (muslimischen) Sufismus. Die jesidischen religiösen Überlieferungen wurden bis in die Neuzeit ausschließlich mündlich weitergetragen, es gibt kein „heiliges Buch“. „Richtig“ jesidisch wird man durch Geburt und beidseitige väterliche wie mütterliche Abstammung.

Jesid*innen werden oft als Kurd*innen identifiziert, auch wegen ihrer meist kurdischen Sprache, es gab auch Bemühungen, etwa im Irak, sie als Araber*innen zu bestimmen. Teile der jesidischen Gemeinschaft definieren sich als eigenständiges Volk.ⁱ In den jeweiligen Fremd- und Selbstbestimmungen spiegeln sich auch immer Machtverhältnisse wider. Alle diese Parameter, sprachliche, kulturelle, religiöse, soziologische, die umreißen, wer „Jeside“ ist, haben entscheidenden Einfluss auf das historische wie zeitgenössische Schicksal der jesidischen Gemeinschaft gehabt:

- Jesid*innen haben verstreut in Siedlungsschwerpunkten gelebt, die sich auch aus Schutzgründen eher in abgelegenen beziehungsweise unzugänglichen Gegenden befanden.
- Jesid*innen werden seit Jahrhunderten aufgrund ihrer Religion diskriminiert, immer wieder angegriffen und verfolgt. Dazu zählt auch das Bemühen um Zwangsbekehrungen zum Islam, etwa die erzwungene Teilnahme an muslimischem Religionsunterricht in der Türkei noch in den 1980er Jahren.
- Ihre Überlebensstrategie als Gemeinschaft bestand in einer rigorosen Abschottung mit strikter Endogamie – dem Heiratsverbot nach außen entspricht eine Trennung nach Kasten im Innern.
- Die Jesid*innen sind eine relativ kleine Gruppe von heutzutage vielleicht einer Million Mitgliedern.ⁱⁱ Sie haben erst in der Moderne begonnen, ihre religiösen Texte und Lehren schriftlich zu fixieren. Mündliche Überlieferung sowie sehr

komplexe direkte soziale Beziehungen spielen die zentrale Rolle in ihrer religiösen Praxis, daher ist die Weiterexistenz jesidischer Kultur und Religion zumindest vorerst auf Siedlungsschwerpunkte angewiesen.

- Seit dem Einbruch der Moderne im Nahen Osten – und damit der Idee des Nationalismus – sind Jesid*innen immer wieder gezwungen gewesen, sich national und ethnisch zu positionieren beziehungsweise sind ungefragt entsprechend positioniert worden. Das hat ihre Verfolgungsgeschichte im 20. Jahrhundert noch einmal intensiviert.

Das gravierendste Ereignis der jüngeren jesidischen Geschichte ist der Angriff des IS im Jahr 2014 auf das zentrale jesidische Siedlungsgebiet rund um den Gebirgszug des Sinjar im Nordirak.ⁱⁱⁱ „Sinjar“ (im kurdischen Shingal) meint hier sowohl den Berg als auch den Distrikt und die zentrale Stadt des Gebietes. Die Islamisten töteten bei ihrem Überfall zwischen 5.000 und 10.000 vor allem männliche Jesiden, massakrierten aber auch in Orten, wo niemandem die Flucht gelang, praktisch die ganze Bevölkerung. Der Großteil der Jesid*innen des Sinjar, schätzungsweise um die 400.000 Menschen, konnte sich bei einer dramatischen Flucht durch einen von PKK/YPG-Kämpfern freigehaltenen Korridor ins Nachbarland, nach Nordsyrien ins kurdische Gebiet, retten, von wo aus sie über die Türkei in das kurdische Autonomiegebiet des Irak gelangten.

Der Großteil dieser Menschen lebt immer noch in den Lagern, die 2014 und in folgenden Jahren vor allem im Norden der kurdischen Autonomieregion errichtet wurden.^{iv} Während militärische Hilfe durch die Amerikaner zur akuten Rettung der Jesid*innen nur sehr zögerlich und begrenzt in Gang kam, fand ihr Schicksal im Nachgang eine sehr große internationale Beachtung. Das lag an der programmatischen Versklavung von mindestens 7.000 jesidischen Mädchen und Frauen sowie dem organisierten sexuellen Missbrauch durch die Jihadisten. Bis heute werden verschleppte Frauen und Mädchen freigekauft, noch rund 2.700 gelten als vermisst. Die Verbrechen des IS an den Jesid*innen sind vom Deutschen Bundestag im Januar 2023 als Völkermord anerkannt worden.

Das monströse Verbrechen des IS kam jedoch keineswegs aus dem Nichts. Um die Bedeutung der Ereignisse 2014 und ihre Folgen adäquat zu verstehen, muss ihr historischer Kontext einbezogen werden. Von den Jesid*innen selbst werden in ihrer tradierten Geschichte meist 74 Angriffe mit Vernichtungscharakter auf ihre Gemeinschaft gezählt, die von staatlichen oder anderen machtvollen Akteuren begangen wurden.^v Versklavungen, Verschleppungen von Kindern, sexuelle Gewalt, Pogrome und zwangsweise Assimilierung sind seit der frühen Neuzeit wiederkehrende Erlebnisse dieser Gemeinschaft gewesen. Flucht und

Vertreibung sind für Jesid*innen eine konstante historische Erfahrung; im Rahmen des Genozids an den Armenier*innen während des Ersten Weltkriegs mussten sich so auch Jesid*innen aus der Osttürkei in den Kaukasus und in das heutige Armenien retten, wo sie bis in unsere Gegenwart eine lebendige jesidische Diaspora bilden.

Zur Vorgeschichte des Angriffs auf den Sinjar 2014 gehört auch die Drangsalierung der Jesid*innen unter der Herrschaft Saddam Husseins. Als „kurdisch“ wahrgenommen unterlagen sie einer Arabisierungspolitik, bei der etwa Dorfnamen geändert wurden. Aber dabei blieb es nicht: Bis zu 400 Dörfer und Ansiedlungen im Sinjar wurden seit den 1960er Jahren zerstört, ihre Bewohner*innen in „Modelldörfer“ beziehungsweise „collective Towns“ umgesiedelt, die in weitem Umkreis im flachen Land um den Gebirgszug lagen und somit von der Zentralregierung leichter zu kontrollieren waren. Diese Siedlungsstruktur des Sinjar, die also bereits Ausdruck einer Politik der Repressionen war, erleichterte den Islamisten 2014 ihren Überfall. Je weiter die angegriffenen Orte vom rettenden Bergmassiv entfernt lagen, desto schlechter waren die Fluchtchancen der Jesid*innen.

Das markanteste Resultat der Verfolgung und Diskriminierung der Jesid*innen ist, dass sie kaum noch dort leben, wo sie noch vor 50 Jahren einmal hauptsächlich gelebt haben. Die große Ausnahme war hier bis 2014 der Irak, wo immer noch die Hauptsiedlungsgebiete der Jesid*innen liegen. In der Türkei und Syrien sind sie als markante Minderheit weitgehend verschwunden. In Syrien sind sie vom massiven Fluchtgeschehen seit 2012/13 mitbetroffen. Der Exodus der Jesid*innen aus der Türkei reicht bis in die Zeit zurück, als sie als Gastarbeiter*innen nach Deutschland kamen. Und ab den 1980er Jahren kamen sie als Flüchtlinge.^{vi}

Ob der Begriff der jesidischen Diaspora in Deutschland allerdings den Punkt trifft, ist fraglich; unter Jesid*innen in den nordirakischen Lagern hört man immer wieder den Satz von der „neuen Heimat Deutschland“^{vii}. Tatsächlich ist die Bundesrepublik mit zwischen 200.000 und 300.000 Jesid*innen, die hier leben, nach dem Irak mittlerweile der zweitgrößte Siedlungsschwerpunkt der Gemeinschaft weltweit. Jesidische Kultur und Religion werden sich im Rahmen dieser umfassenden Migration zwangsläufig ändern, aber um kulturelle und religiöse Kontinuitäten zu gewährleisten, suchen Jesid*innen die Gemeinschaft. Markant viele Jesid*innen leben so etwa in der Region um Celle.

Während die Kämpfer des IS 2015/16 von der Anti-IS-Koalition wieder aus dem Sinjar vertrieben werden konnten, kam es danach nur zu einer teilweisen und punktuellen Rückkehr der geflohenen Bevölkerung. Gründe dafür sind unten

ausgeführt. Im Kern ist es die prekäre Sicherheitslage im Sinjar, die eine Rückkehr bis heute verhindert. Auf die Niederlage der Islamisten folgten umgehend weitere neue Konflikte in der Region. Bis zu 280.000 Jesid*innen leben nach nunmehr fast zehn Jahren immer noch perspektivlos in Flüchtlingslagern im Nordirak.^{viii}

Das Gebiet des Sinjar ist nach Einschätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) schwer zerstört, in der Stadt Sinjar und ihrer Umgebung selbst sind 80 Prozent der öffentlichen Infrastruktur und 70 Prozent der Privathäuser betroffen. Die Landwirtschaft, die hauptsächliche Lebensgrundlage der Menschen vor dem Angriff des IS, ist von der systematischen Zerstörung aller Anlagen betroffen.^{ix} Seit nun einigen Jahren fließen internationale Hilfsgelder zum Wiederaufbau in die Region. Auch der irakische Staat sagt Wiederaufbauhilfen zu – jedenfalls in der Theorie. Was wo ankommt, ist eine ganz andere Frage.

Man wird an der Frage kaum vorbeikommen, ob die Jesid*innen überhaupt eine langfristige Zukunft im Irak haben. Das ist keine abstrakte Frage, sowohl die große Zahl der Jesid*innen, die den Irak verlassen haben (und vorher bereits die Türkei und Syrien), als auch Beispiele anderer irakischer Minderheiten legen diese Frage nahe. Da ist der Exodus der diversen christlichen Gruppen, besonders der Assyrer aus der Ninive-Ebene. Und mit den Mandäern liegt das Beispiel einer ethno-religiösen Gruppe vor, die den Irak in den vergangenen 20 Jahren bereits weitgehend verlassen hat.^x

Die umstrittenen Gebiete des Irak

Der Sinjar gehört zu den sogenannten Umstrittenen Gebieten (Disputed Territories), die sich geografisch als Streifen entlang der innerirakischen Grenze der kurdischen Autonomiezone („Irakisch-Kurdistan“) bis in den äußersten Nordwesten des Landes nach Sinjar nahe der Grenzen zu Syrien und zur Türkei entlangziehen. Die Umstrittenen Gebiete wurden nach dem Sturz der Herrschaft Saddam Husseins 2003 weitgehend von den nordirakischen Kurdenparteien kontrolliert und von der kurdischen Regionalregierung (KRG) politisch beansprucht. Nach der Zerschlagung des „Islamischen Staates“ und einem von der nordirakischen Kurdenpartei KDP forcierten kurdischen Unabhängigkeitsreferendum übernahm 2017 das irakische Militär – jedenfalls nominell – die Kontrolle über (fast alle) diese Gebiete.

Eine Ausnahme bildet hier etwa das zweite wichtige Siedlungsgebiet der Jesid*innen: Schaichan (Shekhan) mit dem zentralen jesidischen Heiligtum von Lalisch^{xi}. Der Distrikt wird seit 1991 – dem Ende des zweiten Golfkrieges und der Einrichtung der kurdischen Autonomiezone – kurdisch kontrolliert und de facto auch nicht von Bagdad beansprucht.

Der von kurdischer Seite weiterhin vorgetragene Anspruch auf die Umstrittenen Gebiete wird von der irakischen Regierung dagegen zurückgewiesen. An der unklaren Situation in dieser Zone hat sich auch durch die Übernahme der Kontrolle durch Bagdad nichts geändert; weder hat ein in der Verfassung vorgesehenes Referendum zur Zugehörigkeit dieser Gebiete bisher stattgefunden, noch kontrolliert die Zentralregierung das gesamte Territorium wirklich. Die Umstrittenen Gebiete zeichnen sich durch einen explosiven Mix aus und stellen ein grundlegendes Problem für die Stabilität des Irak dar: Hier treffen Minderheiten aufeinander, die religiöse oder ethnische Dominanz kann sich von Ansiedlung zu Ansiedlung ändern.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Vertreibungen und Umsiedlungen, immer wieder wurde versucht, die Zusammensetzung der Bevölkerung gezielt zu verändern. Das gilt vor allem für die Jahrzehnte unter der Herrschaft Saddam Husseins mit seiner Arabisierungspolitik, die nicht zuletzt in der Erdölregion Kirkuk umgesetzt wurde. Es ist auch kein Zufall, dass der IS in diesen Gebieten mit ihrem hohen Konfliktpotential zwischen den diversen Religionsgruppen und Minderheiten ein breites Betätigungsfeld gefunden hat; hier lassen sich bestehende Spannungen und Konflikte jederzeit zuspitzen oder neu generieren.

Es kommt immer wieder zu entsprechenden lokalen Vorfällen: Entführungen, Beschuss von Dörfern, Überfälle, Drohungen, Vertreibungen. Die Situation ist gekennzeichnet durch tendenziell schwache staatliche Instanzen und Sicherheitskräfte, diverse Milizen und bewaffnete Gruppen. An der Oberfläche hat sich die Situation seit dem Sieg über den IS beruhigt, aber ein unsichtbares Netz von Gewalt liegt über dem Land.^{xii}

Im nördlichen Irak und speziell in den Umstrittenen Gebieten leben unter anderem Christen in diversen Ausprägungen, darunter Assyrer, die sich ebenfalls oft als eigenes „Volk“ verstehen, Jesiden, Turkmenen, Schabak, Kakai, Kurden, Araber, Schiiten, Sunniten und auch Zoroastrier soll es wieder geben. Aus historischer Perspektive ist beachtenswert, dass diese Vielfalt der Bevölkerungsgruppen, Religionen und Identitäten einen Zustand widerspiegelt, der einmal normal war im Nahen Osten.

Es war die Moderne mit der Idee des Nationalismus, die auch hier überhaupt erst die Vorstellung eingepflanzt hat, eine möglichst homogene Bevölkerung schaffen zu können und zu sollen. Die dabei zwangsläufig entstandenen Auseinandersetzungen haben sich mit älteren, vormodernen Konfliktstoffen verbunden und gegenseitig aufgeladen. Die multiethnische, multireligiöse, multinationale Gemengelage in den Umstrittenen Gebieten ist so von einem Normalzustand zu einem hochbrisanten Konfliktfeld mutiert. Und das Verhängnis, hier ohne potente Unterstützer*innen und traditionell sowieso diskriminiert zwischen die Fronten zu geraten, haben die Jesid*innen leidvoll erfahren müssen.

Die intern Vertriebenen im Irak

Mit dem Siegeszug des IS und seiner nachfolgenden Niederlage erreichte die Zahl der innerhalb des Iraks geflüchteten Iraker*innen (Internally Displaced Persons, IDP) mit über sechs Millionen ihren Höchststand. Es war der Scheitelpunkt der Dauerkrise seit dem Sturz Saddam Husseins 2003, und mittlerweile sind die offiziellen Zahlen drastisch gefallen: Das IDP-Tracker-System der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zählt für Dezember 2023 noch rund 1,1 Millionen intern Vertriebene im Irak.^{xiii} Die Betroffenen stammen aus dem Norden des Landes, den Umstrittenen Gebieten und den Landstrichen, in denen der IS geherrscht hat. Die noch bestehenden Flüchtlingslager für die IDPs liegen auf dem Gebiet der kurdischen Autonomiezone, wo auch die jesidischen Flüchtlinge leben. Der massive Rückgang der Binnenflüchtlinge um fünf Millionen Menschen erklärt sich aus dem Sieg über den IS und einer graduellen innenpolitischen Stabilisierung im Irak über die vergangenen Jahre. Insbesondere die sunnitisch-arabischen Binnenflüchtlinge konnten wieder in weitgehend befriedete Gebiete zurückkehren.

Eine wichtige Rolle beim Rückgang der IDPs in der Statistik spielt aber auch die Entscheidung der Zentralregierung, von Ende 2022 an die Schließung aller Flüchtlingslager binnen eines halben Jahres zu forcieren. Das galt jedoch nicht für die Lager auf dem Gebiet der kurdischen Autonomieregion – jedenfalls bisher. Nun sollen sie nach dem Willen der Regierung in Bagdad bis Juni 2024 geschlossen werden, die kurdische Regierung der Autonomiezone hat aber bereits gesagt, dass sie niemanden zur Rücksiedlung zwingen wird. Von den Schließungen der Camps werden vermutlich zuerst einmal die arabischen Binnenflüchtlinge betroffen sein sowie syrische (meist syrisch-kurdische)

Flüchtlinge. In Bezug auf die arabischen IDPS geht es dabei um den Abbau von Doppelstrukturen (etwa arabische Schulen mit Bagdader Curriculum in der kurdischen Autonomiezone) und den Wegfall des Status als Intern Vertriebener. Dies kann durchaus sinnvoll sein im Rahmen einer Normalisierung – sobald die Menschen die reale Möglichkeit haben, an ihre ursprünglichen Wohnorte auch zurückzukehren.

Aber genau das ist bei den Jesid*innen eben nicht gegeben. Im Bereich um Dohuk, wo sich die meisten Camps befinden, in denen Jesid*innen leben, werden nach den offiziellen Zahlen der kurdischen Regionalregierung KRG in 15 Lagern knapp über 120.000 IDPs gezählt, die überwiegend Jesid*innen sind.^{xiv} Weitere Lager befinden sich in den Regierungsbezirken Erbil und Suleimania. Offiziell ist die Rede von 200.000 bis 280.000 Jesid*innen in diesen Lagern, sie stellen also ein Viertel oder ein Fünftel der von der IOM im Irak registrierten IDPs.^{xv}

Die Angaben variieren deutlich, wie bei den meisten Zahlen, die die Jesid*innen betreffen. Was die Lager angeht, ist etwa eine ständige Fluktuation in Rechnung zu stellen. Aber die Zahlen stellen jeweils auch ein Politikum dar: Für die kurdische Regionalregierung unterstreichen hohe Zahlen die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung. Sie erzeugen auch politischen Druck: Für die UN bedeuten niedrige Zahlen die Dokumentation der eigenen Erfolge, auch gegenüber einer Regierung in Bagdad, die sinkende Zahlen erwartet und eine Schließung der Lager anstrebt. Generell verweisen alle Zahlen, die die Jesid*innen betreffen, auch auf die variablen Möglichkeiten, unter denen sie kategorisiert werden können: Jesid*innen können Kurden sein oder Araber, Iraker, Syrer oder Türken, und in einer dominanten muslimischen Umgebung mag ein Jeside es vielleicht vorziehen, nicht besonders darauf zu verweisen, kein Muslim zu sein.

Der viel genutzte Begriff der Minderheit ist im Kontext des Nahen Ostens oft irreführend, wenn man nicht genau weiß, worauf man sich bezieht. Der Begriff beschreibt keine politische oder rechtliche Kategorie und „Minderheitenrechte“ gab es, jedenfalls in der Vergangenheit, in der Regel nicht. Kategorien, die in der Region in der rechtlichen Zuordnung und der Fremd- wie Selbstidentifikation eine Rolle spielen, sind die „Nationalität“ (nicht im Sinn einer nationalstaatlichen Zuordnung, sondern einer ethnisch verstandenen Volkszugehörigkeit, also „Kurde“ oder „Araber“) sowie die Religion.

Und damit wurde und wird Bevölkerungspolitik gemacht: Im Irak Saddam Husseins konnten Jesid*innen wählen, ob sie „Kurden“ oder „Araber“ sein wollten – nur dass die Option „Kurde“ automatisch die Religionsfeststellung

„Muslim“ nach sich zog. Für den irakischen Staat gab es damals nur muslimische Kurden. Wer explizit „Jeside“ sein wollte, musste zugleich „Araber“ sein. Der Hintergrund dieser Regelung war die damalige Arabisierungspolitik. Die Angaben in Pässen und damit die Kategorien, die von staatlicher Seite verwendet werden, spiegeln keineswegs zwangsläufig die persönlich empfundene Zugehörigkeit wider. Die ganz neuen irakischen Ausweise verzichteten im Übrigen auf die Religionsangabe.

Von der UN werden die von den IDPs angegebenen Gründe gegen eine Rückkehr an ihre Herkunftsorte immer wieder abgefragt. Es geht dabei immer um eine dysfunktionale öffentliche Verwaltung, um zerstörte Infrastruktur, fehlende Elektrizität, die schlechte Wasserversorgung, um zerstörte Häuser und auch um mangelnde Verdienstmöglichkeiten.^{xvi} Auch die Bedingungen für die bereits Zurückgekehrten werden regelmäßig begutachtet. Für den Sinjar stellte die IOM im Juni 2023 eine Zunahme der Rückkehrer fest, die mit besonders schwierigen Lebensverhältnissen konfrontiert sind: „The increase in Ninewa Governorate was notably observed in Sinjar District due to new returns to locations with severe conditions. Overall, the severity in the district is driven by poor conditions of livelihoods, services, and security. Specifically, the slow recovery of agriculture and businesses, poor provision of government services and water supply, presence of multiple security actors, concerns about violence and harassment at the checkpoints, need for reconciliation, and cases of block returns in Qaeyrawan subdistrict.”^{xvii}

Im Zentrum der Frage nach einer Rückkehrmöglichkeit steht die Sicherheitslage: Solange sie prekär bleibt, wird in der Regel eine Rückkehr ausgeschlossen. Von den verbleibenden IDPs, etwas über eine Million, dürfte eine nicht unerhebliche Menge so etwas wie den Bodensatz darstellen, dessen Rückkehr irgendwohin mit der Zeit immer unwahrscheinlicher wird.

Völkermord – Der Spezialfall der Jesid*innen

Die allgemeinen, vom Durchschnitt aller irakischen IDPs geäußerten, Probleme, die einer Rückkehr in die jeweilige AoO (Area of Origin) entgegenstehen, treffen jedoch nicht die Spezifika der jesidischen Problematik: Die Verhältnisse im Bezirk Sinjar sind zwar ebenfalls schlecht, die öffentliche Infrastruktur ist kaputt, die Wohnhäuser sind zerstört, die Verwaltung ist dysfunktional und es werden, in welcher Zukunft auch immer, nicht mehr wie vor 2014 rund 85 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben können, da deren Grundlagen

ebenfalls systematisch zerstört worden sind. Aber hier geht es um mehr, nämlich um einen Völkermord.

Man muss sich hierbei zuerst die historische Verfolgung der Jesid*innen vor Augen halten – sowie die immer wieder vorgenommenen Versuche zur religiösen Zwangsassimilierung; der IS hat sich mit seiner Begründung für den Angriff auf die Jesid*innen und die Versklavungen ausdrücklich einer Tradition angeschlossen.^{xviii} Und noch eines ist wichtig zu verstehen: Die Versklavungen waren in dieser Form singulär und haben so in ihrer Systematik andere vom IS verfolgte Gruppen nicht betroffen.

Das Alleinstellungsmerkmal der Jesid*innen in der Region besteht darin, dass sie aus islamischer Sicht kein „Volk des Buches“ sind, also nicht zu den akzeptierten Buchreligionen gehören, mithin als „Heiden“ angesehen werden.^{xix} Zudem gelten sie aus einer langen traditionellen Sicht heraus, die auf einem Missverständnis der jesidischen religiösen Vorstellungen beruht, als „Teufelsanbeter“.^{xx} Damit gilt aber in orthodoxer muslimischer Sicht nicht das Gebot der – zumindest theoretischen – Akzeptanz dieser Religionsgemeinschaft. Auch die Christ*innen aus der Ninive-Ebene wurden vom IS vertrieben, Christinnen wurden aber nicht versklavt. Der IS hat unter Rekurs auf orthodoxe sunnitische Lehrmeinungen diese Versklavungen und die Behandlung der „heidnischen“ Jesid*innen auch propagandistisch herausgestellt und nicht etwa verschwiegen oder geleugnet.

Hinter dem so befremdlichen Bemühen der Jihadisten, aus ihrer Sicht religionsrechtlich darzustellen, dass Jesidinnen als ganz legitime „Beute“ zu betrachten seien, stand eine weitere brutale Botschaft: Die ausgeübte sexuelle Gewalt zielte auf nichts weniger als die Vernichtung der jesidischen Gemeinschaft. Die „Entehrung“ der Frauen ist ein im nahöstlichen Kontext sowieso sehr prägnantes Thema, das jedoch im jesidischen Kontext noch einmal eine gesteigerte Bedeutung durch die strikte Endogamie besitzt (die sogar innerjesidische Grenzziehungen kennt).

Die entführten Frauen wurden nach ihrer Rückkehr wieder in die jesidische Gemeinschaft aufgenommen, was sicher ein bedeutender Schritt in der Überwindung traditioneller Reflexe war. Die in der Gefangenschaft gezeugten Kinder dieser Frauen wurden in der Regel jedoch von der jesidischen Gemeinschaft nicht akzeptiert. Manche Mütter kehrten so nicht zur jesidischen Gemeinschaft zurück, oder die Kinder leben in Heimen oder Lagern.

Das ist nicht nur ein innerjesidisches Problem von Ehrauffassungen und Zugehörigkeitsdefinitionen: Nach geltendem irakischem Personenstandsrecht,

das wie fast überall in der Großregion auf der Scharia basiert, bestimmt sich die religiöse Zugehörigkeit der Kinder nach dem Vater. Die Kinder der vergewaltigten Jesidinnen sind rechtlich gesehen Muslime. Und nach orthodoxer muslimischer Lehrmeinung bleiben sie das auch ihr Leben lang, ein Abfall vom Glauben ist ein im Zweifel todeswürdiges Vergehen. Potenziell wäre hier für Islamist*innen ein Tor geöffnet, in Zukunft die nächsten Anschuldigungen gegen Jesid*innen vorzubringen.^{xxi} Von allen Opfergruppen, die die Konflikte im Nahen Osten in den vergangenen Jahrzehnten hervorgerufen haben, vermag das Schicksal dieser Kinder besonders zu erschüttern. Auch an die vom IS zu Kämpfern und Selbstmordattentätern umerzogenen jesidischen Kinder muss hier erinnert werden.

Ein Völkermord besteht nicht ausschließlich aus der Zahl der getöteten Menschen einer Gruppe; zynisch gesprochen bilden 5.000 oder 10.000 Ermordete im Kontext der letzten Jahrzehnte im Nahen Osten eine vergleichsweise kleine Opfergruppe. Es geht darum, dass eine Menschengruppe als solche in ihrer Existenz nicht akzeptiert wird und zum Verschwinden gebracht werden soll – und dass es Täter*innen gibt, die genau das wollen und mutmaßlich auch die Mittel dazu haben. Jesid*innen droht in ihrem weiteren Lebensumfeld im Nahen Osten nicht nur eine potenzielle Vertreibung wie etwa Christ*innen. Aus Sicht bestimmter Islamist*innen, die sich dabei auf durchaus orthodoxe Lehrmeinungen berufen können, ist ihre Existenz an sich nicht berechtigt.

Von den Folgen eines Völkermordes

Es gibt ein klassisches Arbeitsfeld, das auch und gerade im Nahen Osten vielen Menschen relativ unkompliziert Beschäftigungsmöglichkeiten bietet: Die Gastronomie, in der Flüchtlinge deswegen weltweit arbeiten. Jesid*innen ist es allerdings verwehrt, in einem Restaurant zu arbeiten; Nahrung, die durch ihre Hände geht, gilt vielen Muslim*innen in ihrer Umgebung als unrein. Das ist die „klassische“ Diskriminierung, der Jesid*innen auch in den kurdischen Gebieten des Nordirak begegnen. Es ist eine Art von Diskriminierung, mit der Jesid*innen zwangsläufig gelernt haben, zu leben. Die Folgen des Völkermordes gehören jedoch einer anderen Kategorie an, mit ihnen in der bisherigen Umgebung weiterzuleben bedeutet eine ganz andere Art Herausforderung. Sie ist existentieller Natur.

Dafür steht exemplarisch ein Ereignis im Frühsommer 2023, das die ganze Wucht der mentalen Folgen eines Völkermordes zeigt. Im April kam es zu einer Demonstration von Jesid*innen in der Stadt Sinjar gegen einen von irakischen Sicherheitskräften begleiteten Transport arabischer Rückkehrer*innen – also aus dem arabischen Teil der lokalen Bevölkerung, der im Zweifel nicht vor dem IS, sondern vor der irakischen Armee geflohen war. Der Rückkehr dieser sunnitischen Araber*innen soll eigentlich jeweils ein Sicherheitscheck vorausgehen, in dem ihre etwaigen Verstrickungen mit dem IS geprüft werden. Fakt ist, dass viele Jesid*innen diesen Überprüfungen nicht trauen beziehungsweise davon ausgehen, dass sie überhaupt nicht stattfinden.

Man muss sich wiederum klar machen, dass zu den traumatisierenden Erlebnissen des IS-Angriffs für die Jesid*innen die Erkenntnis gehörte, dass unter den Angreifern auch ortsansässige Araber waren, mithin Nachbarn oder zumindest, gleichwohl sie maskiert gewesen sein mögen, durch den Dialekt als Bewohner der Region erkennbare Täter. Dieser Völkermord hat das gesellschaftliche Gewebe vor Ort zerrissen. Wer könnte wem noch in Zukunft trauen? Es geht um Mord, es geht um Vergewaltigung, es geht um einen ausgelebten Vernichtungswunsch.

Bei der Demonstration im April 2023 in Sinjar warfen jesidische Kinder und Jugendliche Steine, wohl auch in Richtung einer Moschee, die nach dem IS-Angriff als Sammelpunkt für verschleppte Frauen und Mädchen gedient hatte. Und es kam, wie es kommen musste: Eine Jesidin erkannte unter den Rückkehrern einen Vergewaltiger wieder, der wohl auch umgehend verhaftet wurde; nach manchen Berichten nahm die irakische Armee die arabischen Rückkehrer*innen zudem wieder mit.

Das Wiedererkennen von Vergewaltigungstätern durch Jesidinnen taucht in sehr vielen Berichten auf. Es stellt in seiner Häufigkeit, jenseits des jeweils konkreten Einzelfalles, von denen kein einziger angezweifelt werden soll, so etwas wie einen Topos dar. Es geht hier darum, welche Kette von Konsequenzen solch ein Völkermord nach sich zieht. Dieses in Berichten so oft wiederkehrende Wiedererkennen von frei herumlaufenden Tätern verweist auf das grundsätzliche Problem, das nun vor Ort vorhanden ist: Die Täter von gestern und die potenziellen Täter von morgen wohnen in der Nachbarschaft oder im nächsten Dorf. Das Grundvertrauen, auf dem gesellschaftliches Miteinander basiert, ist zerstört. In jedem Augenblick kann das Opfer zufällig einem Täter begegnen. Jede dieser Situationen hat nun auch das Potenzial, umgehend zu eskalieren. Die erste, unwiderrufliche Folge so eines Völkermordes ist einfach zu formulieren: Danach wird es nicht wieder so sein wie vorher.

Die Demonstration mit ein paar harmlosen Steinwürfen vom April 2023 in Sinjar wäre längst vergessen, wenn sie nicht etwas ausgelöst hätte: nämlich ein virtuelles Geschehen, das wiederum reale Angst schuf. Unmittelbar nach der Demonstration in Sinjar tauchten in sozialen Netzwerken Bilder einer Moscheeruine auf, verbunden mit der Behauptung, jesidische Menschen hätten die Moschee in Sinjar angegriffen und in Brand gesteckt. Nun brach ein Shitstorm im Netz los, mit kolportierten Drohungen, ein jesidisches Flüchtlingscamp anzugreifen, Bemerkungen, die auf die Vergewaltigung jesidischer Frauen abzielten, und einer bemerkenswerten langen Reihe von hasserfüllten Predigten, in denen Mullahs wie am Band die sozusagen klassische Litanei von den teuflischen Jesid*innen produzierten – nun aber noch ergänzt um den Vorwurf, die Jesid*innen seien auch noch undankbar, schließlich habe man sie vor dem IS gerettet.

Das wirklich schockierend Neue für Jesid*innen war nicht die Art der Anwürfe, sondern dass sie von Kurden kamen. In der Logik und Dynamik der Kommunikation per sozialem Netzwerk im Internet halfen auch keine Beweisvideos mehr, in denen religiöse Vertreter von Jesid*innen und Muslim*innen gemeinsam vor der angeblich niedergebrannten Moschee standen, um zu zeigen, dass überhaupt nichts passiert war. Die im Netz geposteten Bilder des angeblich im April 2023 zerstörten Gebäudes zeigten nämlich in Wahrheit eine nach 2003 bei Kämpfen gegen Jihadisten zerstörte irakische Moschee.^{xxii} Zur schnellen Verbreitung und massiven Wirkung von Gerüchten und Propaganda im Internet, die globale Phänomene sind, kommt hier der problematische Zustand der regionalen und lokalen Medienlandschaft hinzu: Publikationen und Medienkanäle sind in der Regel parteigebunden und die Objektivität von Berichterstattung ist fragwürdig.^{xxiii}

Als Reaktion auf die Hass-Postings im Netz brach sich bei den Jesid*innen ein Gefühl von Bedrohung und aufsteigender Panik Bahn, das charakterisiert werden könnte mit der Erwartung des „Es fängt wieder an“. Niemand wollte nun noch aus den Lagern nach Sinjar zurückkehren, Gerüchte über Panikverkäufe von Land und Häusern im Sinjar durch Jesid*innen machten die Runde.

Noch Wochen nach den Ereignissen konnte man aufgewühlten und angstvollen Jesid*innen begegnen, deren ganzes Denken um eine potenziell kurz bevorstehende tödliche Bedrohung kreiste. Auch das ist eine Folge des Völkermords: Traumatisierte Menschen können nicht einfach ruhig und rational zwischen einem Bedrohungsszenario und der Realität abwägen; die jederzeit abrufbare Angst, die fest in den Köpfen sitzt, schafft sich eine eigene Realität.

Gerüchte und Angst spielen in der Konstituierung von Realität für Jesid*innen eine zentrale Rolle. Und damit haben sie eine reale Wirkung, ob ein befürchtetes Ereignis nun tatsächlich eintritt oder nicht. Entscheidend ist letztlich das Bewusstsein, dass existenzielle Bedrohungen jederzeit und schnell in den Alltag einbrechen können. Ein weiteres Beispiel: Das Ashti-Camp nahe Suleimania ist mit einem Doppelzaun, der wie eine sehr breite Grenzanlage wirkt, zweigeteilt. Auf der einen Seite leben jesidische Flüchtlinge, auf der anderen Seite waren beim Besuch des Verfassers 2018 noch viele sunnitisch-arabische IDPs untergebracht. Befragte jesidische Familien gaben an, ihre Kinder nur ungern, aber auf keinen Fall die Mädchen, in die von der UN betreute Schule zu schicken, die sich im „arabischen“ Teil des Lagers befand. Das Bewusstsein einer Bedrohungslage hört auch nicht an den Toren eines Flüchtlingscamps auf.

Eine strategisch bedeutende Region: Shingal/Sinjar

Die Region Sinjar ist neben Kirkuk die spannungsreiche Zone der umstrittenen Gebiete. In Kirkuk geht es um die Frage nach dem ursprünglich kurdischen Charakter der Region und um das dortige Erdölvorkommen – und damit letztlich um einen innerirakischen Konflikt. Bei den Auseinandersetzungen rund um Sinjar geht es auf einer Ebene zwar auch um den innerirakischen Konflikt zwischen Ansprüchen der kurdischen Regionalregierung (beziehungsweise de facto der Kurdischen Demokratischen Partei, KDP) und der irakischen Zentralregierung auf die Kontrolle über die Region, auf einer weiteren Ebene kreuzen sich hier aber auch Interessen und strategisches Kalkül von außer-irakischen Akteuren. Das Konfliktfeld Sinjar ist kein rein innerirakisches Problem und alleine aus irakischer Perspektive nicht zu befrieden.

Ursprünglich war der Sinjar, ein Bergzug rundum von einer Ebene umgeben, ein eher uninteressanter Flecken Erde und damit für die jesidische Besiedlung ideal; man konnte sich auf die unwirtliche Höhe zurückziehen, wenn Gefahr drohte, und im Übrigen hoffen, vergessen zu werden, um die Zeitläufe möglichst unbeschadet zu überstehen. Der Sinjar gleicht anderen Bergregionen im weiteren geografischen Umfeld, die als Siedlungsgebiete für bedrohte Völker und Minderheiten dienten, zum Beispiel dem Libanongebirge für Drusen und dem Bergland im Norden Syriens für die Alawiten

Im Rahmen der Grenzziehungen und Staatsbildungen im Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg lag der Sinjar nun nahe der irakischen Grenze zu Syrien. Aber das war immer noch eine vergessene Ecke des Nahen Ostens, die jedoch

seit 2011/12 mit dem Krieg in Syrien und dem Zerfallen speziell des syrischen Nordens in mehrere Herrschaftsgebiete plötzlich strategisch interessant wurde. Die syrische Seite der Grenze wird von der PKK beziehungsweise ihrem syrischen Ableger PYD kontrolliert; es waren ihre Kämpfer, die den Korridor sicherten, durch den die Flucht der großen Masse der Jesid*innen aus dem Sinjargebirge über die syrische Grenze gelang.

In der Folge kam es zu einer Filialgründung einer jesidischen Miliz (YBŞ) durch die PKK/PYD (und weiteren Filialgründungen) sowie der Beteiligung der PKK/PYD/YBŞ an den Kämpfen gegen den IS im Sinjar, womit sich die PKK dort de facto festsetzen konnte. Aus Sicht der PKK ist das strategisch sinnvoll. Das von ihr kontrollierte syrische Kurdengebiet („Rojava“) hat ein Grenzproblem, außer dem Assad-Territorium und der Türkei beziehungsweise türkisch dominierten syrischen Gebieten bleibt zur Außenverbindung nur die irakische Grenze. Hier steht der einzige offizielle Grenzübergang allerdings unter Kontrolle der KRG – und damit der KDP, die wiederum mit der Türkei eng verbunden ist. Vom Sinjar aus kann die PKK/PYD so auch auf irakischer Seite den Zugang zu ihrem syrischen Territorium gewährleisten und die Schmuggelrouten sichern.

Die PKK hat zudem ihre Hauptbasis im Osten Irakisich-Kurdistan, im Kandil-Gebirge, und sie hat auch daher an einer weiteren territorialen Basis im Irak großes Interesse. Das wiederum suchen die Türkei (die ihrerseits Militärbasen auf irakischem Gebiet unterhält) und die mit ihr verbündete KDP (die selbst territoriale Ansprüche auf den Sinjar erhebt und die PKK liebend gerne aus den Kandil-Bergen vertreiben würde) zu verhindern. So hat die Festsetzung der PKK im Sinjar bald türkische Luftangriffe und gezielte Tötungen mit Drohnen nach sich gezogen.^{xxiv} Der Sinjar ist nun Teil des Schlachtfeldes zwischen PKK und der Türkei.

Das ist bereits eine beachtliche Gemengelage, aber insgesamt ist die Situation in Sinjar noch viel komplexer: Aus Sicht der irakischen Regierung ist die Etablierung der PKK im Sinjar auch nicht wünschenswert, immerhin bedeutet die bewaffnete Anwesenheit der PKK eine Ignorierung der irakischen Souveränität und die Etablierung einer parallelen, parastaatlichen Verwaltung. Damit existieren drei Verwaltungen parallel: die von den PKK-Kräften und den Volksmobilisierungsmilizen beeinflusste Verwaltung vor Ort, die frühere von der KDP beeinflusste Verwaltung, die von Dohuk aus agiert, sowie die Verwaltung des Regierungsbezirks Ninive, zu dem der Sinjar eigentlich gehört.

Teile der YBŞ (die ja der PKK zuzurechnen ist) stehen nun allerdings auf der Soldliste der Volksmobilisierungskräfte (PMF, Hashd al-Shaabi), ein

ursprünglich zur Abwehr des IS gegründeten primär schiitischer Milizverbund, der mittlerweile zwar offiziell in die irakischen Streitkräfte eingebunden ist, de facto aber eine Art Staat im Staate bildet. Die Hashd al-Shaabi stehen maßgeblich unter dem Einfluss des Irans beziehungsweise der Pasdaran (iranische Revolutionsgarden) und haben ein Interesse, sich auch im Norden des Irak als Machtfaktor zu etablieren. Für den Iran im Hintergrund ist die syrisch-irakische Grenzregion und damit die Landverbindung zu seinem Verbündeten Assad strategisch immens wichtig.^{xxv} De facto unterhält der Iran zudem ein Bündnis mit der PKK. Der Sinjar stellt so auch einen Brennpunkt der iranisch-türkischen Rivalität dar.^{xxvi}

All das Tohuwabohu von Parteien, Milizen, Interessen, Ansprüchen, Behauptungen, Vorwürfen, Winkelzügen kann man zwar auflösen in scheinbar ganz glasklar kalkulierte strategische Interessen. Womöglich kann man aber auch einmal feststellen, dass es doch letztlich immer wieder um so Banales wie Geld und Macht geht. Die Grenzen zwischen großem strategischen Kalkül, Korruption, individuellen Machtaspirationen und schlichter Kriminalität sind fließend.

Und Milizen kosten Geld. Im Sinjar zählen Beobachter*innen oft acht oder zehn Milizen, manchmal aber auch einige mehr, nicht einmal darüber herrscht Einvernehmen;^{xxvii} neben der irakischen Armee gibt es die mit der PKK (beziehungsweise ihrem syrischen Ableger) verbundenen jesidischen Milizen, die wie bereits erwähnt teilweise bei den Volksmobilisierungseinheiten (Hashd al-Shaabi) angeschlossen sind, es gibt auch noch kurdische Peschmerga und lokale Milizenführer, die je nach politischer Konjunktur und finanziellen Anreizen auch mal die Seiten wechseln (etwa von der kurdischen KPD hin zu den irakischen Streitkräften). Eine Jesidin stellte einmal trocken in einem Gespräch mit dem Verfasser fest, an den Checkpoints auf ihrem Nachhauseweg höre sie syrische und türkische Dialekte, bloß keine einheimischen.^{xxviii}

Neuerdings gibt es Gerüchte über die Anwerbung von ehemaligen lokalen IS-Mitgliedern durch Milizen im Sinjar; unplausibel scheint das nicht zu sein, das Milizwesen ist in einem Gebiet wie dem Sinjar sowieso ein maßgeblicher Beschäftigungssektor. Es kursieren auch mutmaßlich aus irakischen Geheimdienstkreisen stammende Listen mit Zahlenangaben zu im Sinjar präsenten ehemaligen IS-Mitgliedern bekannter arabischer Großfamilienverbände. Das ist ebenso so plausibel wie nicht verifizierbar – auf einer faktischen Ebene. Es spiegelt jedoch die von einem Genozid geprägte Realitätswahrnehmung der jesidischen Bevölkerung wider: Das sind Dinge, mit denen sie als Jesid*innen rechnen. Sie sind es ja auch, die die Konsequenzen tragen müssen, wenn es wieder ernst werden sollte.

Im Oktober 2020 schien das Problem Sinjar plötzlich auf dem Weg zu einer Lösung: Ein Abkommen zwischen der kurdischen Regionalregierung (unter Federführung der KDP) und der irakischen Zentralregierung sah die Übernahme der Kontrolle in der Region durch die irakischen Streitkräfte und den Abzug der PKK und ihrer Filialorganisationen sowie der PMF-Milizen vor. Die von der KDP kontrollierte offizielle Verwaltung sollte wieder vor Ort eingesetzt werden – der „offizielle“ Bürgermeister von Sinjar regiert derzeit praktisch aus einer Art Exil im kurdischen Dohuk.

Das Abkommen wurde von der UN umgehend als „Schritt in eine bessere Zukunft“ gepriesen.^{xxix} Für die Situation der Jesid*innen hätte das Abkommen tatsächlich einen wichtigen Schritt vorwärts bedeutet. Es hatte nur einen entscheidenden Nachteil: Bis heute ist es nicht umgesetzt worden. Noch im Frühsommer 2023 beklagten die UN und Human Rights Watch die Dauerblockade im Sinjar aufgrund der politischen Grabenkämpfe.^{xxx} Und es sieht auch nicht so aus, dass diesbezüglich in naher Zukunft viel passieren dürfte – jedenfalls nicht, solange sich nichts Grundlegendes in den Machtverhältnissen vor Ort und damit zugleich in der Großregion ändert.

Das gilt auch für die Ankündigung der Bagdader Regierung, zum Juli 2024 nun auch die verbliebenen Lager für Binnenflüchtlinge in der kurdischen Autonomiezone schließen zu wollen. Der Plan liest sich gerade in Bezug auf die Jesid*innen sehr schön: Die Zurückgekehrten sollen vor Ort ein Startgeld bekommen, im Sinjar sollen 4.000 Häuser gebaut und zahlreiche Ämter und Regierungsbüros eröffnet werden, damit die staatliche Verwaltung wirksam werden kann.^{xxxi} Da allerdings kein grundsätzliches Problem im Sinjar in den vergangenen Jahren gelöst worden ist, dürfte die Umsetzung dieser schönen Pläne noch eine Weile dauern.

So wie es – Stand Spätwinter 2024 – aussieht, will die Zentralregierung ihre finanzielle Unterstützung für die Camps in der kurdischen Autonomiezone im Sommer tatsächlich einstellen; die Binnenflüchtlinge sollen an ihre Ursprungsorte zurückkehren beziehungsweise den IDP-Status verlieren. Neben den Jesid*innen kann auch ein weiterer Teil der Binnenflüchtlinge nicht an die Ursprungsorte zurückgehen. Wie das alles umgesetzt werden wird, ob und wie es etwa Ausnahmeregelungen geben könnte, ist offen. Die Angst und Unruhe unter den Jesid*innen ist da, aber dass die Camps im Sommer 2024 auch für sie tatsächlich schließen werden, ist unwahrscheinlich.

Der Status quo im Sinjar basiert darauf, dass jeder der Akteure seine derzeitige Position zu halten vermag – freiwillig wird keiner gehen. Es ist wie ein Mobile, die vielen lokalen, regionalen und internationalen Akteure schaukeln sich in

einem prekären Gleichgewicht. Das geht gut, solange der Status quo nicht erschüttert wird. Ruhe im Sinjar ist bis auf Weiteres immer nur etwas Vorläufiges.

Innerirakische Fluchtalternativen?

Es gilt einen Punkt zu verstehen, und zwar in seiner grundsätzlichen und zentralen Bedeutung, um das Leben der Jesid*innen – und in der Regel auch der anderen Minderheiten und Volksgruppen in der Region – nachvollziehen zu können: Man bleibt zusammen. Man lebt dort, wo auch viele andere Mitglieder der eigenen Gruppe leben. Dafür gibt es historische Gründe, religiöse und nicht zuletzt ganz handfeste lebenspraktische Gründe – zuvorderst steht die Gewissheit, dass in existentiellen Bedrohungssituationen nur auf die eigene Gruppe wirklich Verlass ist.

Und das ist keine abstrakte Überlegung oder eine ferne historische Erinnerung. Genau dies war ja die furchtbare Erfahrung der Jesid*innen im Jahr 2014, dass sie buchstäblich über Nacht alleine dem IS gegenüberstanden. Jedwede staatliche Struktur und vor allem die Sicherheitskräfte waren vor Ort plötzlich nicht mehr existent, und einzig die innerjesidische Kooperation bot eine Hoffnung auf das Überleben. Diese Erfahrung hat nur alte Gewissheiten bestätigt und wird auch von keiner anderen Gruppe im Irak in Zweifel gezogen. Sicherheit gibt es nur in einem Umfeld mit Menschen aus der eigenen Gruppe. Kein Jeside, keine Jesidin, keine jesidische Familie würde freiwillig in eine Umgebung ziehen, in der es keine weiteren Jesid*innen gibt. Das würde auch niemand im Irak von Jesid*innen oder überhaupt von Minderheiten sinnvollerweise erwarten.

Der enge Zusammenhalt einer Gemeinschaft wie der Jesid*innen – hier zudem durch sehr strikte endogame Heiratsgebote extrem forciert – ist nicht etwa ausschließlich als kulturelle oder religiöse Praxis zu verstehen: Er dient seit Jahrhunderten ganz praktisch dem Überleben. Die Gruppen in einem Land wie dem Irak leben für sich getrennt von anderen, sie bilden Siedlungs-Cluster. Fatalerweise ist es genau diese Lebensweise, die einen genozidalen Angriff wie auf die Jesid*innen dann auch wieder so vergleichsweise leicht möglich macht: Die Angegriffenen wohnen ja alle beieinander.

Zu der existentiellen Frage der Sicherheit treten noch weitere Gründe, die die reale Möglichkeit von Ortsveränderungen in einem Land wie dem Irak massiv

einschränken, auch wenn de iure nichts dagegen spricht; Unterstützung, und das kann auch ganz simpel ein erfolgreicher Zugang zu staatlichen Stellen sein, hängt schnell von entsprechenden Netzwerken ab, ob sie primär familiärer Natur sind, ethnischer oder politischer. Menschen im Irak suchen und brauchen so einen einigermaßen homogenen Hintergrund. Solange der Staat tendenziell schwach bleibt und entsprechende ethnische, politische oder religiöse Netzwerke augenscheinlich Politik und Gesellschaft dominieren, wäre es gerade für eine kleine Volksgruppe praktisch selbstmörderisch, nicht primär auf spezifische religiöse oder ethnische Bande zu vertrauen.

Bei den Jesid*innen kommt die Diskriminierung aufgrund ihrer Religion, vor allem aber die Nichtanerkennung ihrer Religion als Buchreligion durch islamische Instanzen egal welcher Couleur, hinzu; für islamistische Extremist*innen sind sie damit eine ständige, hypothetische Zielscheibe. Im Zweifel würden Jesid*innen, wären sie gezwungen, in einer fremden Umgebung zu leben, versuchen, ihre jesidische Identität zu verbergen. Somit geht der immer wieder vorgebrachte Hinweis, die Jesid*innen hätte eine inländische Fluchtalternative im Irak, völlig an der Realität vorbei.

Eine Frage ist die nach Ausweichmöglichkeiten im Norden des Landes, mithin auf dem Gebiet der kurdischen Region. Hier gibt es tatsächlich mit Shekhan einen von vielen Jesid*innen besiedelten Bezirk und weitere Orte, an denen mittlerweile Jesid*innen wohnen. Für die in den Lagern verbliebenen Jesid*innen ist das dennoch keine Option. Um das Lager mit der ganzen Familie dauerhaft verlassen zu können, um an einen neuen Ort zu ziehen, wo es einen jesidischen Siedlungsrückhalt gibt, ist nicht wenig Geld nötig – als Schätzung könnte man realistisch 500 US\$ im Monat für eine durchschnittliche Familie ansetzen. Das endgültige Verlassen des Lagers bedeutet das Ende der Grundversorgung mit Strom und Lebensmitteln, es muss auch eine entsprechende Unterkunft gemietet oder gekauft werden. Und weder Shekhan noch die Umgebung von Dohuk sind besonders preisgünstige Gegenden, im Gegenteil. Die Familien sind groß, zumal oft auch noch überlebende Angehörige aufgenommen worden sind. Jenseits der Städte gibt es kaum Verdienstmöglichkeiten, und nach IOM-Angaben arbeiteten wie bereits erwähnt 85 Prozent der Jesid*innen aus dem Sinjar ursprünglich in der Landwirtschaft.

Wohin sollen sie gehen? Von was leben? Es ist plausibel anzunehmen, dass, wer es sich leisten konnte, die Lager zu verlassen, das in den vergangenen zehn Jahren bereits getan hat. Das dauerhafte Leben in Zelten ist keine Option, die man „wählt“, wenn man die Möglichkeit hat, dem entgehen zu können.

Perspektiven

Es sollte deutlich geworden sein, dass es in einer Region, in der zahlreiche bewaffnete Kräfte ihre Checkpoints unterhalten, Verwaltungsstrukturen miteinander rivalisieren, Nachbarländer Luftangriffe fliegen oder über Milizen Einfluss ausüben und letztlich kein Akteur derzeit über die Macht verfügt, den Status quo grundsätzlich zu ändern (zumal dann das gesamte fragile Machtgefüge in der weiteren Region in Bewegung kommen würde), Kategorien wie Wiederaufbau, Rückkehrmöglichkeiten oder Normalisierung nur sehr relativ zu bewerten und grundsätzlich mit einem Fragezeichen zu versehen sind. Zudem sollte deutlich geworden sein, dass der Sieg über den IS nicht etwa eine Rückkehr zu den vorherigen Verhältnissen bedeutet oder eine solche nicht einmal im Ansatz einleitet, sondern ganz neue Realitäten und Verhältnisse vor Ort geschaffen hat, die sich mit neuen Konflikten aufgeladen haben.

Eine ganz eigene Realität konstituieren wiederum die zahlreichen internationalen Appelle, Mahnworte und Wiederaufbaudiskussionen, die fortlaufend darüber hinwegreden müssen, warum – mittlerweile im zehnten Jahr nach dem Angriff des IS – Jesid*innen immer noch in Zelten in Flüchtlingscamps hausen müssen.^{xxxii} All das ist wie ein Ritual: Berichten über wiederaufgebaute Häuser folgen Berichte über erneute Fluchtbewegungen, wenn es wieder irgendwo zu Kämpfen oder auch nur Spannungen gekommen ist.^{xxxiii}

Im Grundlegenden sind dabei die Fakten eigentlich klar: Der innerirakische Einigungsprozess über die Umstrittenen Gebiete und speziell den Sinjar ist blockiert, weil damit der Status quo in Frage gestellt wäre. Der erzwungene Rückzug der kurdischen Peschmerga (vor allem der KDP) aus den Umstrittenen Gebieten und die zumindest formale Übernahme der Kontrolle durch Sicherheitskräfte der irakischen Regierung hat die Situation nicht wesentlich verändert. Die Vereinbarung, die 2020 zwischen der kurdischen Regionalregierung und der Zentralregierung über den Sinjar geschlossen wurde, wurde nicht umgesetzt – dem stehen allein schon die Anwesenheit der PKK und ihrer Filialorganisationen im Sinjar entgegen, deren Rückzug die Grundlage des Abkommens bilden sollte. Das Vorrücken irakischer Sicherheitskräfte im Mai 2022 gegen Checkpoints einer der PKK-nahen Milizen (YBŞ) führte umgehend zu Gefechten und zur Flucht mehrerer Tausend Menschen aus dem Sinjar. Seitdem herrscht wieder ein fragiler Gleichgewichtszustand.

Niemand weiß genau, wie viele Jesid*innen bisher realiter in den Sinjar zurückgekehrt sind, es mögen vielleicht 100.000 sein.^{xxxiv} Auch die Zahlenangaben der in den Flüchtlingslagern Lebenden sind relativ – alleine schon wegen

der Fluktuation. Es gibt zudem auch Rückkehrer*innen aus dem Sinjar in die Camps. Da notwendige offizielle Papiere im Sinjar beschafft werden müssen oder für Angestellte des irakischen Staates eine Anwesenheit dort zumindest zeitweise notwendig ist, haben Familien oft einzelne Mitglieder vor Ort. Alle Zahlen stellen außerdem ein Politikum dar. Die Regelung des Status der umstrittenen Gebiete ist eigentlich im Irak verfassungsmäßig vorgegeben – es hätte schon längst ein Referendum geben sollen. Dafür müsste aber geklärt sein, wer überhaupt abstimmen darf. Das ist in einer Region, die jahrzehntelang Vertreibungen, Massenmorde und Umsiedlungen gesehen hat, nicht zuletzt um jeweils die Demografie zu verändern, ein sehr schwieriges Unterfangen.

Ein Völkermord schafft Fakten. Der Angriff des IS hat die Verhältnisse in der Region unwiderruflich verändert. Das kann bisher von den Akteuren im Sinjar nicht anerkannt werden, weil damit grundsätzlich an der fragilen Machtbalance gerührt würde. Deswegen tun letztlich alle so, ob regionale oder internationale Akteure, als könne ein Zustand wieder hergestellt werden, der gar nicht wiederherstellbar ist. Und so lange – ohne absehbares Ende – bleibt am besten alles in der Schwebe.

Es ist offensichtlich, dass sich ein relevant großer Teil der Minderheiten aus den Umstrittenen Gebieten – vor allem Jesid*innen und Christ*Innen – mittlerweile im Ausland befindet, im Falle der Jesid*innen mehrheitlich in Deutschland. Es ist nicht plausibel anzunehmen, dass sie in größerem Umfang wieder in den Irak zurückkehren werden. Damit stellt sich aber auch die Frage nach demografischen Veränderungen vor Ort und einer entsprechenden Neujustierung der politischen Machtverhältnisse. Damit ist wiederum die offene Frage verbunden, wie die kleiner gewordene, im Sinjar gebliebene, jesidische Gruppe in der Zukunft ihre Ansprüche und Selbstbehauptung wird durchsetzen können.

Die immer wieder angekündigten Wiederaufbauinvestitionen der irakischen Regierung für den Sinjar scheitern an den ungeklärten Macht-, Verwaltungs- und letztlich Souveränitätsfragen. In der Praxis sieht das dann so aus, dass in einer ehemaligen Polizeistation die PKK ihr Quartier aufgeschlagen hat, während die wieder präsente irakische Polizei sich ein anderes Quartier mieten muss, so die Schilderung einer Jesidin über Alltägliches aus dem Sinjar.^{xxxv} So bleibt ein nachhaltiger Wiederaufbau illusionär.

Zu der neuen Realität, die der IS geschaffen hat, gehört auch der fatale Umstand, dass die Jesid*innen in die Auseinandersetzungen über Machtansprüche in der Region hineingezogen wurden. Die Jesid*innen werden von den diversen Seiten benutzt, um Ansprüche zu legitimieren, und sind untereinander nun in politische Lager gespalten. Die Mehrheit der Jesid*innen

dürfte dabei die Hoffnung hegen, dass ihnen eine Wiederherstellung oder vielmehr überhaupt eine Durchsetzung des Machtmonopols des irakischen Staates ein verlässliches Maß an Sicherheit geben könnte. Eines ist jedenfalls unabdingbar, wie eine interviewte Jesidin äußerte: „Wir haben am Anfang Wiederaufbauhilfe gefordert, die Bestrafung der IS-Täter, Entschädigungen. Aber wir sind bescheiden geworden. Wir wollen nur noch Sicherheit, auf die können wir nicht verzichten.“

Das Gendern des Textes ist durch PRO ASYL erfolgt.

Glossar

IS / Islamischer Staat

Die jihadistische Terrororganisation Islamischer Staat (IS) entstand aus der irakischen Al-Qaida-Filiale und wurde schließlich weltweit bekannter als die von Osama Bin Laden gegründete Jihadistengruppe. Die Selbst- und Fremdbezeichnungen der Gruppe wechselten mehrfach, sie ist auch bekannt als „ISIS“ oder „Daesh“. Zeitweise, vor allem zwischen 2014 und 2017, beherrschte der IS weite Gebiete Syriens und des Nordirak. Im Irak nach 2010 praktisch besiegt, nutzte die Vorgängerorganisation des IS Rückzugsräume in Syrien, bevor sie von dort wieder in den Irak zurückkehrte und 2014/15 die irakische Armee aus weiten Teilen des Nordirak vertrieb. Dabei kam es auch zum Völkermord an den Jesid*innen. Der IS rekrutierte weltweit Kämpfer, nicht zuletzt aus Europa und anderen westlichen Ländern, und wurde erst nach langen Kämpfen unter Federführung der Amerikaner besiegt. Der IS hat die territoriale Herrschaft über ein größeres geschlossenes Gebiet verloren, existiert jedoch weiterhin in mehreren regionalen Ablegern als jihadistische Terrororganisation.

KDP (Demokratische Partei Kurdistans)

Nordirakisch-kurdische Partei mit sehr langer Geschichte. Sie wird von der Barzani-Familie beherrscht und dominiert die Regierung des Kurdischen Autonomiegebietes im Irak (KRG). Die von der KDP kontrollierte Zone umfasst den Norden des Kurdischen Autonomiegebietes rund um die Stadt Dohuk sowie

die Hauptstadt Erbil. Über die Regierung der KRG beansprucht die KDP die Kontrolle über den Sinjar sowie andere umstrittene Gebiete. Strategisch gesehen ist die KDP de facto mit der Türkei verbündet und steht gegen die PKK und den iranischen Einfluss.

Kurdisches Autonomiegebiet und Kurdische Regionalregierung (KRG)

Ein Großteil des kurdischen Gebiets des Iraks, aus dem Saddam Hussein nach der Einrichtung einer Flugverbotszone durch die UN 1991 sein Militär zurückgezogen hatte. Seitdem durchlief die Autonomieregion eine vom Rest des Iraks deutlich getrennte Entwicklung, bis heute ist sie durch eine „grüne Grenze“ vom Rest des Irak getrennt. In vielen Bereichen gelten andere Regelungen als im übrigen Irak. Regiert wird das Autonomiegebiet von einer Regierung mit Sitz in Erbil, diese Regionalregierung (Kurdistan Regional Government) wird auch als Synonym für die Region benutzt.

Pasdarān (Revolutionsgarden)

Die Pasdarān bilden das Machtzentrum der Islamischen Republik Iran, zu ihnen gehören nicht nur vom regulären Militär getrennte Streitkräfte sowie eine Miliz, sie kontrollieren auch weite Bereiche der iranischen Wirtschaft. Die Al-Quds-Brigaden der Pasdarān sind für die Einsätze im Ausland zuständig und in die Konflikte im Irak, Syrien, im Libanon und Jemen involviert. Von iranischer Seite wurden dort jeweils nach dem Vorbild der libanesischen Hisbollah Milizen gegründet oder umgeformt. Im Irak gehören zumindest wesentliche Teile der „Volksmobilisierungskräfte“ der iranischen Machtsphäre an. Sie agieren auch im Sinjar.

Peschmerga

Ursprünglich Begriff für die kurdischen Kämpfer der diversen Parteien und Clans, popularisiert in den Kämpfen gegen das Regime Saddam Husseins. Nun firmieren die Streitkräfte der KRG als Peschmerga. Sie sind offiziell Teil der irakischen Streitkräfte, stellen jedoch de facto zugleich Parteimilizen dar

PKK (Arbeiterpartei Kurdistans)

Die in den 1980er Jahren auf marxistischer Grundlage gegründete türkische Kurdenpartei kämpft seit Jahrzehnten gegen den türkischen Staat. Militärisch in der Türkei mittlerweile nicht mehr präsent, kontrolliert die PKK über ihren syrischen Ableger PYD das kurdische Gebiet in Syrien („Rojava“). Die Hauptbasis der PKK befindet sich auf irakischem Territorium in den Kandil-Bergen des kurdischen Autonomiegebietes nahe der iranischen Grenze. Über irakische-jesidische Ableger sucht die PKK ihre Präsenz auch im Sinjar-Gebiet zu verfestigen. Die PKK ist strategisch mit dem Iran verbunden – während ihr syrischer Ableger PYD mit den Amerikanern kooperiert.

PMF / Al-Hashd al-Shaabi (verschiedenene Schreibweisen für die Volksmobilisierungseinheiten)

Ursprünglich als schiitische Milizverbände im Rahmen des Kampfes gegen des IS gegründet, hat sich der Milizverbund der PMF zu einer Art Staat im Staate ausgewachsen. Sowohl der Status als auch die weitere Entwicklung der PMF sind nicht klar zu benennen und auszumachen; sie sind offiziell mittlerweile Teil der irakischen Armee, agieren aber unabhängig. Ihre wichtigsten Milizen agieren unter dem Patronat der iranischen Revolutionsgarden, und manche Beobachter sehen hier eine entsprechende Entwicklung wie bei diesen – sie sind mittlerweile auch wirtschaftlich aktiv. Zu den Milizen unter dem Schirm der PMF gehören aber auch Warlords mit ihren lokalen Privatarmeen und Einheiten aus dem Umfeld der PKK im Sinjar.

PUK (Patriotische Union Kurdistans)

Die zweite große nordirakische Kurdenpartei. Ehemals eine Abspaltung von der KDP, liegt die Basis der PUK im Süden der kurdischen Autonomieregion rund um die Stadt Suleimania. PUK und KDP bilden nominell die Regierung der Autonomieregion, die jedoch de facto zwischen den Einflusssphären der beiden Parteien geteilt und politisch intern blockiert ist. In der vergangenen Dekade hat die PUK an Einfluss verloren, sie dominiert den Süden auch bei Wahlen nicht mehr so wie die KDP den Norden. Sie steht tendenziell dem Iran nahe.

PYD (Partei der demokratischen Union)

Der syrisch-kurdische Ableger der PKK, der das kurdische Gebiet in Syrien („Rojava“) weitgehend kontrolliert. Ihr militärischer Arm, die YPG (Volksverteidigungseinheiten), ist wichtigster Bestandteil der SDF (Syrian Democratic Forces), die mit US-amerikanischer Unterstützung gegen den IS gekämpft haben und weiterhin mit amerikanischer Unterstützung auch arabische Gebiete Nordsyriens und einen Teil der Grenze zum Irak kontrollieren.

Umstrittene Gebiete

Ein Gebietsstreifen entlang der innerirakischen Binnengrenze zur kurdischen Autonomiezone, der durch einen sehr hohen Anteil von Minderheiten geprägt ist. In den umstrittenen Gebieten kam es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Vertreibungen und forcierten Umsiedlungen. Ein Großteil der umstrittenen Gebiete wurde nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 von der KRG übernommen, die sie für das kurdische Autonomiegebiet reklamierte. Einige kleinere Gebiete standen schon seit 1991 unter Kontrolle der Kurden. Nach den Angriffen des IS ging die (alleinige) kurdische Kontrolle über einen Großteil der Gebiete weitgehend wieder verloren. 2017 besetzte irakisches Militär den Hauptteil der umstrittenen Gebiete, ohne jedoch die Souveränität

der Zentralregierung wirklich überall wiederherstellen zu können. Die Zuordnung der umstrittenen Gebiete ist weiterhin ein irakisches Kernproblem, und hier liegen die Hauptkonfliktzonen. Besonders markant sind dabei der Sinjar und die Zone um Kirkuk.

YBŞ / Yabasha (Widerstandseinheiten Shingal)

Jesidisch-irakische Miliz, die nach dem Vorbild der YPG im Rahmen der Kämpfe gegen den IS um den Sinjar gegründet wurde. Die YBŞ ist dabei der größte der PKK-Ableger im Sinjar, aber nicht der einzige. Teile der YBŞ sind in die PMF eingegliedert worden und werden vom irakischen Staat bezahlt. Die (bisher nicht umgesetzte) Sinjar-Vereinbarung zwischen der Regierung der kurdischen Autonomiezone und der irakischen Regierung von 2020 sah als zentrales Element den Rückzug der PKK (beziehungsweise ihrer Filialorganisationen) aus dem Sinjar vor.

Über den Autor:

Dr. Oliver M. Piecha ist Historiker, Publizist und Mitbegründer der seit 30 Jahren im Nahen Osten aktiven deutsch-irakischen Hilfsorganisation WADI e.V.; er beschäftigt sich mit der Kultur- und Ideologieggeschichte der Moderne und hat zahlreiche Vorträge und Seminare im Rahmen der Politischen Erwachsenenbildung zu Interkulturalität, Flucht und den Entwicklungen im Nahen Osten gehalten. Zuletzt ist erschienen: Aufstieg und Niedergang des Politischen Islam, in: Keser (Hrsg.) u.a., Gesichter des Politischen Islam, Berlin 2023.

- i Diese Sicht ist etwa in den jesidischen Gemeinschaften in Armenien und Georgien sehr verbreitet. Darin spiegelt sich vermutlich die zunehmend nationalistische Stimmung in Armenien im Zuge der Kriege mit dem muslimischen Aserbaidschan seit dem Ende der Sowjetunion wider; die Identifikation als „kurdisch“ ist in dieser Lesart zu sehr assoziativ mit „muslimisch“ verbunden, ein Betonen jesidischer Eigenständigkeit erscheint erstrebenswerter. Vgl. Christine Robins, Fragile Yezidism, Hidden Strength, in: Khanna Omarkhali; Philip Kreyenbrock (Hrsg.), Yezidism. Between Continuity and Transformation, Wiesbaden 2021 (=Iranica, Band 29), S. 166ff.
- ii Zur generellen Problematik praktisch aller Zahlenangaben siehe weiter unten.
- iii Eine erste präzise historische Rekonstruktion der Ereignisse findet sich nun bei Matthew Travis Barber, A Survey of the Political History of the First Year of the Yezidi Genocide, in: Omarkhali; Kreyenbroek, Yezidism, a.a.O.
- iv D.h. die meisten Jesiden befinden sich im von der KDP kontrollierten Bereich des Autonomiegebietes, wobei von Seiten der KDP auch der Anspruch auf den Sinjar als „kurdisches“ Gebiet aufrecht erhalten wird – vor dem Angriff des IS 2014 kontrollierte die KDP den Sinjar.
- v Vgl. Christine Robins, Fragile Yezidism, Hidden Strength, in: Omarkhali; Kreyenbroek, Yezidism, a.a.O., S.156ff.
- vi Zu der Verfolgung und Drangsalierung der Jesiden in der Türkei und der damaligen Situation jesidischer Flüchtlinge in der BRD vgl. den von der Gesellschaft für bedrohte Völker herausgegebenen Band: Robin Schneider (Hrsg.), Die kurdischen Yezidi. Ein Volk auf dem Weg in den Untergang, ohne Ort (Göttingen?) 1984.
- vii Man konnte das immer wieder in der Presse lesen, der Verfasser hat es auch selbst bei Besuchen in Flüchtlingslagern so erzählt bekommen. „Deutschland“ hat dort einen beinahe mythischen Klang.
- viii Während die IOM von 200.000 Jesiden in- und außerhalb der Lager spricht, gab ein Berater des Präsidenten des kurdischen Autonomiegebiets Ende 2023 die Zahl von 280.000 Jesiden alleine für die Lager an. Vgl. www.iom.int/news/more-support-needed-survivors-sinjar-massacre; www.rudaw.net/english/kurdistan/06122023
- ix Vgl. www.iom.int/news/more-support-needed-survivors-sinjar-massacre
- x Die Mandäer werden auf rund 100.000 Personen geschätzt, von denen 2.000 bis 3.000 noch im Irak leben sollen; ursprünglich im Südirak beheimatet, ist das Zentrum der verbliebenen Mandäer im Irak jetzt die kurdische Autonomiezone. Die meisten Mandäer leben mittlerweile in Schweden und in Australien. Einige Ähnlichkeiten verbinden sie mit den Jesiden: Die Mandäer sind eine der ältesten synkretistischen Religionen. Als nicht anerkannte Religionsgemeinschaft haben sie unter muslimischer Verfolgung gelitten und gelten ebenfalls als „unrein“. Sie waren auch ein spezifisches Ziel von Anschlägen islamistischer Gruppen. Im Unterschied zu den Jesiden wurden sie vor ein paar Jahren zumindest von schiitischer Seite im Iran als Buchreligion anerkannt. Aber da hatte sich das Problem mandäischer Existenz im Nahen Osten schon weitgehend praktisch gelöst.
- xi Der Vormarsch des IS konnte vor dem Tal von Lalisch aufgehalten werden; Mossul, der Sitz des „Kalifen“ des IS, ist von hier kaum 60 Kilometer entfernt.
- xii Vgl. www.hrw.org/news/2023/09/08/iraq-security-forces-open-fire-kirkuk-protesters
- xiii Vgl. <https://iraqdtm.iom.int/>
- xiv Update des Department für „Migration and Crisis Response“, 18.1.2024, angefordert von der Hilfsorganisation WADI in Dohuk.
- xv Siehe Fußnote 8.
- xvi Einen guten Einblick in die Probleme der IDPs bietet immer noch diese Erhebung von 2018: <https://reliefweb.int/report/iraq/iraq-camps-intentions-survey-round-2-camps-erbil-dahuk-sulaymaniyah-and-diyala-january>
- xvii Vgl. https://iraqdtm.iom.int/images/ReturnIndex/202365025940_Return_index_round18_April2023.pdf
- xviii Vgl. <https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/wp-content/uploads/2020/02/report/modern-slavery-evidence-unit-mseu-research-briefing-8-february-2020/rights-lab-briefing-islamic-state-use-of-enslavement-feb-2020.pdf>
- xix Eine andere ethno-religiöse Gruppe, die auch mit guten Gründen als eigene Religion verstanden werden kann, die Kakai, ist von Schiiten sozusagen kooptiert worden; von schiitischer Seite ist man durchaus offen für solche Anverwandlungen, wie auch das Beispiel der Alawiten in Syrien zeigt. Die Jesiden sind jedoch bisher weder von sunnitischer noch schiitischer Seite als Buchreligion anerkannt worden.
- xx Im religiösen Kosmos der Jesiden spielt der Engel Melek Taus auch bildlich – dargestellt als Pfau – eine tragende Rolle. In der antijesidischen Propaganda wird Melek Taus als gefallener Engel gedeutet, den Gott zur Strafe in die Hölle verbannt hat. Somit kann man die Jesiden als „Teufelsanbeter“ denunzieren. Die sieben Erzengel der Jesiden, von denen Melek Taus der wichtigste

- ist, verweisen auf den synkretistischen Charakter der jesidischen religiösen Vorstellungen, die letztlich aus demselben Fundus schöpfen wie die abrahamitischen Religionen. Miss- und Umdeutungen bieten sich auch daher besonders an.
- xxi Vgl. <https://www.mideastcenter.org/post/yazidi-ruling-helps-children-of-women-kidnapped-by-isis-return>
- xxii Ein Thread von Matthew Travis Barber versammelt zentrale Internet-Postings rund um die Demonstration mit Bildbeispielen für jesidenfeindliche Propaganda: <https://threadreaderapp.com/thread/1652427808256434179.html>; hier ein Zusammenschnitt der jesidenfeindlichen Predigten von kurdischen Mullahs im Netz, wie er wiederum unter Jesiden und zur Dokumentation der Ereignisse im Netz kursiert: https://twitter.com/zidan_vezidi/status/1655182642747244545; vgl. auch den Bericht der News-Seite *Kirkuk Now* (zu *Kirkuk Now* selbst vgl. die folgende Fußnote) zu den Ereignissen: <https://kirkuknow.com/en/news/69383>
- xxiii Eine Ausnahme ist die nichtkommerzielle Newsseite *Kirkuk Now*, die sich explizit der Aufgabe verschrieben hat, neutral über die Ereignisse in den umstrittenen Gebieten mehrsprachig zu berichten und gegen Falschinformationen anzugehen; dabei gibt es auch eine Zusammenarbeit mit der Akademie der Deutschen Welle: <https://akademie.dw.com/en/avoid-being-labeled/a-61077248>
- xxiv Vgl. <https://kirkuknow.com/en/news/69266>
- xxv "A new PMF brigade in Sinjar supports Iranian efforts to establish and secure ground lines of communication into Syria, however [...] The PMF's plans to increase its presence in Sinjar would facilitate another Iranian shipment route into Syria and risk conflict with Turkey in Iraqi Kurdistan. Sinjar has strategic significance to both Iran and Turkey and is located within disputed Iraqi Kurdistan territory containing a highway into northern Syria." Vgl. <https://www.understandingwar.org/backgrounder/iran-update-april-17-2023>; Der iranische Einfluss im Sinjar zeigt sich auch in Straßenbenennungen nach dem bei einem US-Raketenangriff getötete iranischen Pasdaran-General Qasim Sulaimani, dem Chef der „Al-Quds-Brigaden“, der für Auslandseinsätze zuständigen Pasdaran-Formation
- xxvi So die Stiftung Wissenschaft und Politik: "The strategic region of Sinjar in northern Iraq has been at the heart of the Iran-Turkey rivalry." Vgl. <https://www.swp-berlin.org/publikation/turkish-and-iranian-involvement-in-iraq-and-syria>; vgl. auch die Analyse der Crisis Group: <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iraq/iraq-stabilising-contested-district-sinjar>
- xxvii Eine Nachfrage des Verfassers bei der Redaktion von *Kirkuk Now* im Januar 2024 ergab, dass man dort von zehn einzelnen bewaffneten Gruppen im Sinjar ausgeht. Eine andere nahöstliche Newsseite, die in der Regel auch recht zuverlässig ist, spricht gar von etwa 20 Gruppen: "In and around Sinjar there are about 20 local and regional armed factions. Iran controls half of them and has strategic alliances with the other half," a senior Iraqi official told MEE." Vgl. <https://www.middleeasteye.net/news/how-iraqs-sinjar-became-battleground-between-turkey-and-iran>
- xxviii In einem Interview mit dem Verfasser im Juni 2023 in Dohuk.
- xxix Vgl. <https://news.un.org/en/story/2020/10/1075102>
- xxx Vgl. <https://reliefweb.int/report/iraq/iraq-political-infighting-blocking-reconstruction-sinjar-enar>; <https://reliefweb.int/report/iraq/iraqi-government-failing-victims-isis-sinjar>
- xxxi Vgl. <https://www.kirkuknow.com/en/news/69965>
- xxxii So die EU im August 2023: „Die jesidische Gemeinschaft in Irak steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Hierzu gehören verschiedene Hindernisse, die einer Rückkehr Vertriebener in ihre Heimat, – insbesondere im Distrikt Sinjar/Shingal – entgegenstehen, sowie der eingeschränkte Zugang zu grundlegenden Sozialleistungen und Sicherheitsbedenken angesichts jüngster Vorfälle von Hetze, die die EU scharf verurteilt. Die EU appelliert an die irakische Regierung und die Regierung der Region Kurdistan, das Sinjar-Abkommen weiter umzusetzen.“ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/08/03/yazidi-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-situation-of-the-yazidi-community-in-iraq/>; von amerikanischer Seite wird auch beklagt: "The United States US Assistant Secretary of State for the Bureau of Near Eastern Affairs, Barbara Leaf, stressed that the Yazidi and Christian communities in Iraq do not feel safe to return to their homes." Vgl. <https://kirkuknow.com/en/news/69399>
- xxxiii Vgl. <https://www.newarab.com/news/iraq-announces-return-487-yazidis-sinjar>;
- xxxiv Diese Zahl nannte jedenfalls Nadia Murat 2020 gegenüber der UN. Vgl. <https://news.un.org/en/story/2020/08/1069432>
- xxv Interview mit dem Verfasser, Dohuk, Juni 2023.